

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.50 Uhr
Ende: 13.55 Uhr

1) Projekt „Gesunder Bezirk Graz“

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Stadträtin Rücker! Wir haben mit dem Thema Gesunde Bezirke ein wichtiges Thema, wir gehen damit ganz konkret in die Bezirke rein und wir haben eine sehr, sehr hohe Förderquote. Auf Basis von diesen grundsätzlich sehr positiven Gegebenheiten haben wir in der Gemeinderatssitzung am 28.2.2012 einstimmig die Ausweitung von diesem Projekt beschlossen. Das Projekt war ja zuerst nur in Gries und wir haben gesagt, nachdem uns mitgeteilt wurde, dass das dort so erfolgreich läuft, dass wir mit diesem Projekt auch in andere Bezirke reingehen sollen. Wie man sich anschaut, wie es dann weitergegangen ist, dann sieht man, dass da nicht viel an Informationen und an Projekten zurückgekommen ist. Daraufhin hat am 18.3.2013 mein Kollege Harry Pognner schon im Gemeinderat nachgefragt, 28.3.2013 in der Fragestunde mein Kollege, der Harry Pognner, schon nachgefragt, wie es denn konkret mit den Projekten aussieht. Da sind nicht wirklich befriedigende Antworten gekommen. Dementsprechend waren wir dann richtig hoffnungsvoll, wie dann eine Beiratsgruppensitzung von der Frau Stadträtin einberufen wurde, das war am 28.9.2013, in der Hoffnung wirklich konkrete Informationen zu bekommen, wie es jetzt bei den einzelnen Projekten ausschaut. Ich komme persönlich aus dem Bezirk Jakomini, wir haben von vielen anderen Bezirken gehört, die von dem Projekt mittlerweile ausgestiegen sind, weil keine konkreten Ergebnisse zu sehen waren, wir

haben in unserem Bezirksratsbudget in Jakomini ein Drittel von unserem Budget für dieses Projekt reserviert und das einzig konkrete Projekt, das in diesem Rahmen bis jetzt bei uns umgesetzt wurde, ist ein Schachbrettspiel im Augarten, was daraus besteht, dass wir dort eine Parkbank aufgestellt haben. Das Schachbrett ist kein überdimensionales, sondern ein kleines Schachbrett, was man sich dort ausborgen darf bei einem Gastronomen, um dort dann zu spielen im Augarten. Weitere Projekte wurden in diesem Rahmen in unserem Bezirk noch nicht umgesetzt. Wenn wir die Frau ■■■ einladen, dann bekommen wir keine konkreten Zahlen, wir wissen nicht, was mit unseren budgetären Mitteln aufgewendet wurde, was damit umgesetzt wurde und da stellt sich einfach die Frage, wie sieht es konkret mit diesem Projekt aus, was sind die Erfolge, wie gehen Sie damit um, dass so viele Bezirke ausgestiegen sind beziehungsweise denken, von diesem Projekt auszusteigen. Können Sie mir irgendeinen Bezirk nennen, der mit diesem Projekt da zufrieden ist und wie schaut es wirklich konkret aus, wie wollen Sie mit diesem Projekt weitergehen? Ich denke, es ist ein gutes Projekt, aber man sieht nicht wirklich was Konkretes davon.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen und liebe KollegInnen der Politik! Danke für die Fragestellung, mit den Terminen stimmt es nicht ganz zusammen, aber das ist egal, da müssen wir jetzt nicht darüber streiten, weil meines Wissens hat auch im Mai eine Beiratssitzung stattgefunden. Ganz gerne beantworte ich Ihre Fragen. Zuerst zum Prozedere, wie die ganzen Projektabwicklungen laufen, damit das einfach noch einmal klar ist, damit da keine Sorgen entstehen, dass hier Gelder ausgegeben werden ohne Ergebnisse. Jedes Projekt, das eingereicht und beschlossen wird, durchläuft ein sehr klares Prozedere, es muss ein Konzept vorgelegt werden, ein Budgetplan vorgelegt werden, dann wird es bewertet gemeinsam mit der Universität Graz dahingehend, ob es einen gesundheitsfördernden Charakter hat, dann wird dem Projekt zugestimmt und erst,

wenn das Projekt abgerechnet ist und abgewickelt ist, kommt es zu einer Auszahlung. Das heißt, es wird gar kein Geld verwendet, bevor nicht ein Projekt abgeschlossen wird, nur damit man einfach da keine Sorgen entstehen lassen muss, auch das Geld von den Bezirken in der Gesamtfinanzierung wird erst gemeinsam abgerechnet, wenn es einen Abschlussbericht gibt. Zu den Evaluierungen: Es wird extern evaluiert, das ist damals auch beschlossen worden. Der nächste Zwischenbericht, der im Detail dann auch wieder in einem Beirat präsentiert wird, wird im Sommer 2014 vorliegen oder vor dem Sommer 2014, wo dann auch die einzelnen Projekte gerne diskutiert und hinterfragt werden können. Der Abschlussbericht wird dann eben Mitte 2015 zu erwarten sein und dort wird man dann auch sehen, was tatsächlich im Gesamten umgesetzt wird. Nun zu Ihren Fragestellungen die Bezirke betreffend. Es sind Projekte ungefähr, also ich habe 17 Projekte jetzt hier liegen, wovon ein Teil in Eggenberg umgesetzt wird, in Jakomini sind es mehr als das eine von Ihnen genannte Projekt, wobei ich dazusagen muss, drei Projekte in Jakomini wurden von Ihrem Kollegen im Bezirksrat eingereicht, auch dort beschlossen und da liegt schon die Verantwortung, da hat er die Umsetzungsverantwortung übernommen, ich nenne die drei Projekte, das eine war das Thema Stadtteilgärten, das andere das Jugendzentrum Funtastic, das dritte war im Fekonia-Park, die partizipative Gestaltung des Parks für Jugendliche. Hier ist von seiner Seite offen die weitere Umsetzung, also prinzipiell sind diese Projekte eingereicht und bewilligt, aber es ist ja so, dass im gesunden Bezirk die Projekte immer vor Ort umgesetzt werden und begleitet und koordiniert von der Frau [REDACTED] aus, wobei noch eine wesentliche Rolle dazukommt, das Geld, das die Stadt momentan einsetzt, wird durch zusätzliche Mittel erhöht, das heißt, ein wesentlicher Aufgabenbereich, der darin liegt, zusätzliche Gelder zu holen, liegt in der Koordinationstätigkeit. Wir gehen momentan davon aus, die Projekte, die uns vorliegen, ungefähr eine Fördersumme von 50.000 Euro, die aus dem Topf gesunde Bezirke hineinfließen. Insgesamt handelt es sich inzwischen um ein Projektvolumen, wo zusätzliche Gelder geholt wurden von 300.000 Euro. Da hat es eine große Aktivität gegeben, zusätzliche Gelder zu holen. Ich kann Ihnen kurz einen Überblick geben und

wie gesagt, der nächste Bericht liegt dann vor und wird im Detail alle Projekte, die laufen, beschreiben. Aber wo wir aktiv sind, ist draußen in Eggenberg im Bereich der Stadtteilarbeit als Gesundheitsschwerpunkt, dann in der Privatklinik Kastanienhof, wo es die Vorträge zu Herz- und Darmgesundheit gibt, dann gibt es eine Erarbeitung von Gesundheitskonzepten und Vermittlungsmaterialien also mit einem Projekt für Ältere, diese im Bezirk Jakomini, wenn ich jetzt darauf komme, dann ist im Stadtteilzentrum Schönau eine Gesundheitskonferenz auch durchgeführt worden, wo eh der Kollege Strobl auch aktiver Teil war, dann ein von ihm geplantes Projekt ist eben das Aufstellen von mobilen Beeten im Bereich der Stadtteilgärten, dann eine umgesetzte, das haben Sie angesprochen, im Augarten das Spielen etc. Da gibt es dann noch weitere Projekte, ein Projekt, das dazu gekommen ist, ist auch, wo es den Spatenstich demnächst gibt, ist der Sportplatz in der Karlau, das ist in einem anderen Bezirk, aber ist dazugekommen, weil es als nachhaltiges Projekt aus dem Gries noch gekommen ist. Hier konnte erreicht werden, dass der Bund für drei Jahre die Finanzierung der Betreuung dieses Sportplatzes übernimmt und es gibt Kooperationen mit den Bezirken, wo die Bezirksräte zwar ausgestiegen sind, aber wo die Aktivbürger weiterhin Aktivprojekte eingebracht haben im Bereich Straßgang, wo zwar Mittel aus der Stadt fließen in einem kleinen Umfang, in einem sehr kleinen Umfang, weil eben die Bezirke ausgestiegen sind, aber Bezirksgeld derzeit keines fließt und trotzdem, nachdem wir diese Projekte vorbereitet haben, diese Projekte sind alle in Umsetzung. Aber wie gesagt, im Detail können Sie sie gerne auch im nächsten Bericht vorgelegt bekommen und im Beirat besteht die Möglichkeit, dann auch zu hinterfragen und nachzufragen. Das kann man mehr oder weniger intensiv nutzen, aber dafür sind die Beiratssitzungen auch gedacht.

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Wir überlegen jetzt auch als einer der letzten Bezirke in Jakomini nun wirklich jetzt auch auszusteigen, weil wir keine Antworten bekommen

in unserem Bezirk, wie es mit den Projekten aussieht. Dahingehend, um eine Entscheidung treffen zu können, ist es für mich einfach zu spät, bis der nächste Bericht vorliegt. Dementsprechend wäre meine Frage, meine Bitte, ob wir diese Liste mit dem aktuellen Stand auch alle Gemeinderäte übermittelt bekommen könnten.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich werde diese E-Mail-Liste natürlich zukommen lassen, das ist ja ein transparenter Prozess und ich verstehe nicht ganz, warum Projekte, die im Bezirk beschlossen wurden, teilweise in Umsetzung sind, warum sich der Bezirk daraus jetzt zurückziehen will. Wir haben sehr viel aus dieser Bezirkskooperation in dem Projekt gelernt, wir wissen inzwischen, warum die Wiener es inzwischen nicht mehr mit Bezirkskooperation machen, weil es leider immer zu einem Parteipolitikum in den Bezirken wird, wie es aussieht, jetzt auch in Jakomini, finde ich sehr schade, weil die Leute, die dort aktiv sind, ob das die Schulen sind, die AktivbürgerInnen, auch in Straßgang extrem enttäuscht wurden, das hat man ja auch dort gemerkt, dass dann der Bezirksrat sich zurückgezogen hat, weil man dort ein Parteipolitikum daraus gemacht hat. Wenn der Bezirk Jakomini sich dazu entschließen wird, dann finde ich das verdammt schade, aber ich weiß, dass wir für zukünftige Strukturen dann offensichtlich die Bezirksdemokratie nicht als tragfähige Struktur wahrnehmen können. Sehr schade für Projekte, die so nah am Bezirk angesiedelt ist, muss ich ganz klar sagen (*Applaus Grüne*).

2) Errichtung einer Anlaufstelle zur individuellen finanziellen Unterstützung für Schulveranstaltungen

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, werter Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste auf der Galerie! Die beiden Damen Gebärdendolmetscherinnen kann ich heute leider nicht begrüßen, was ich sehr bedauere, Herr Bürgermeister, haben sie keine Einladung bekommen oder kommen sie später? Es würde mich sehr freuen, sie auch zu sehen, ich bin nämlich sehr interessiert daran, wie das Wort Schikurs übersetzt wird, um die geht es jetzt. Es geht um die Unterstützung von Eltern von Schülern, in deren Klassen jetzt Schikurse beziehungsweise Sport- oder Schullandwochen anstehen. Viele Eltern, die es dann stärker treffen wird, trauen sich unter Umständen nicht, lehnen es ab, an der Schule vor Ort Unterstützung zu erbitten. Elternvereine sind manchmal großzügig, manchmal nicht. Für viele Eltern bleibt auch eine gewisse Scham zurück und bevor sie sich dieser Prozedur unterwerfen, melden sie ihre Kinder erst gar nicht zum Schikurs oder zur Schullandwoche an und daher glauben wir, dass es sehr günstig wäre, sehr vernünftig, vom Magistrat Graz oder Stadt eine Anlaufstelle einzurichten, die dieses Problem relativ unbürokratisch und rasch lösen kann. Natürlich gegen Nachweis des Einkommens der Eltern, das ist klar. Aber es ist ein Modell, das in anderen Städten, zum Beispiel in Kapfenberg, schon gut funktioniert und ich glaube auch in der Stadt Graz wäre die Zeit dafür gekommen.

Daher, lieber Herr Stadtrat, bist du bereit, dich für diese im Motivenbericht genannte Anlaufstelle einzusetzen (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Andreas! Ganz kurz zum Gebärdendolmetsch. Die organisieren das, jede Gemeinderatssitzung, das läuft so ab, dass der Landesverband anmelden kann, ob sich jemand interessiert, bei der Sitzung dabei zu sein und dann wird das vom Präsidialamt organisiert. Ich habe auch gerade vorher eine Person gesehen, da dürfte vielleicht diese Information nicht

weitergegangen sein, aber das Geld ist an sich budgetiert für jede Sitzung und wir halten das für eine ganz, ganz wichtige Sache. Es ist nur so, wenn zum Beispiel keine Anmeldung da ist, wäre es sinnlos, eine Sitzung übertragen zu lassen, das muss man schon auch sagen. Aber zu deiner Frage. Ich schätze den Einsatz, vor allem für Bildungsprojekte, sehr und wir haben am 17. Oktober vergangenen Jahres genau zu diesem Thema einen dringlichen Antrag bearbeitet und diskutiert und damals und so auch heute gibt es Stützsysteme für unsere Pflichtschulen für einkommensschwache Familien. Ganz kurz, dass das Plenum das noch einmal weiß, es läuft so ab, wenn eine einkommensschwache Familie hier was braucht, kann sich die Familie beim Elternsprechtag oder direkt an die Direktion melden und dann wird individuell auch ein Geld bereitgestellt. Wenn in einer Schule da wirklich sehr viel Bedarf vorhanden ist, kann die Schule, die Direktion auch in der Abteilung für Bildung und Integration Geld nachbeantragen, erst heute habe ich so eine Anfrage am Tisch gehabt, das findet selbstverständlich statt. Darüber hinaus gibt es auch die Unterstützung der Elternvereine, sofern es an der Schule einen Elternverein gibt und es gibt auch karitative Vereine, die sich speziell für solche Zwecke einsetzen. Ich weiß auf was du auch hinausmöchtest, du meinst, es gibt auch Familien, die tun sich ein bisschen schwer direkt an der Schule anzufragen. Und da haben wir die Überlegung, dass wir eventuell zusätzlich auch in der Abteilung für Bildung und Integration eine Anlaufstelle schaffen, das wird gerade diskutiert. Insgesamt die Budgets sehe ich in den Schulen direkt sehr gut aufbewahrt, weil ich denke, dass die Schulen auch sehr gut wissen, wer jetzt was braucht und die Abwicklung ist auch sehr viel leichter. Man könnte vielleicht auch das Gegenteil behaupten, dass es für andere Leute schwerer ist, zu einer Anlaufstelle in der Stadt zu marschieren, also das möchte ich jetzt noch nicht entscheiden, aber du bist herzlich eingeladen, lieber Andreas, dass du zu mir kommst und dass du auch einmal die Fälle mitbringst, die du uns das letzte Mal zugesagt hast, dass wir uns das anschauen und dass wir das Stützsystem, dass es jetzt gibt, auch verbessern, das ist meine Zusage und ich hoffe, du wirst meinem Angebot nachkommen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Kurze Antwort darauf. Es geht ja genau darum, diese Aufgabe nicht den Schulen zu überlassen oder wenigstens nicht nur den Schulen. Wie gesagt, die Eltern, die kein Problem haben, zum Elternverein zu gehen, die gehen ja zum Elternverein. Nicht alle Elternvereine haben wirklich Geld, das weißt du, bin auch gar nicht sicher, ob es an allen Schulen überhaupt Elternvereine gibt, an sehr vielen, das weiß ich, fehlt das Geld auch bei den Elternvereinen. Es geht darum, ein Zusatzangebot von Seiten der Stadt einzurichten, um denen ein Angebot zu machen, die eben an der Schule nicht mit ihrem Namen diesbezüglich aufscheinen möchten und so das Stigma gewisser Armut auch aufgebürdet zu bekommen. Du hast anklingen lassen, dass es angedacht wird, eine Anlaufstelle einzurichten, bleibt es dabei, dann scheint mir mein Antrag nicht umsonst zu sein. Ich würde mir vorstellen, dass es ja nicht die Welt kostet, denn das Angebot an den Schulen sollte ja weiter bleiben, die Elternvereine sollen ja weiter die Unterstützung anbieten, aber wenn die Stadt Graz hier zusätzlich einspringt, glaube ich, gemeinsam mit dem Tourismus Steiermark zum Beispiel, ich glaube, dass da schon Gelder möglich sind, denn die Hotelbetriebe klagen immer mehr, dass Schikurse oder Sportwochen immer schlechter besucht werden. Wenn sie vielleicht mit dem Tourismus Steiermark gemeinsam eine Kooperation eingehen und dieses zusätzliche Angebot von Seiten der Stadt einzurichten, das würde ich mir wünschen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frage war jetzt aber keine dabei.

GR. Mag. **Fabisch** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Die Frage war, bleibt es dabei?

StR. **Hohensinner**: Also ich habe gerade vorher auch erklärt, dass wir dabei sind, das zu prüfen, ich habe mir auch das Kapfenberger Modell angeschaut, lieber Andreas, und das Kapfenberger Modell, sage ich einmal, ist auch nicht das Gelbe vom Ei. Ich weiß nicht, ob du das schon einmal genau angeschaut hast, da gibt es das Gießkannenprinzip, da kriegt jede Familie, die ein gewisses Einkommen hat, 50 Euro. Ich weiß, dass bei uns in Graz manche Familien das wirklich notwendig haben, mehr bekommen als die 50 Euro. Also die Frage ist, wie wir das umsetzen, aber ich habe dich eingeladen, zu mir ins Büro zu kommen und dann schauen wir, dass wir zu dem bestehenden Modell vielleicht eine Verbesserung finden und ich hoffe, dass wir das zusammenbringen, aber nur das Kapfenberger Modell ist, glaube ich, nicht eine Verbesserung, das ist meine persönliche Meinung.

GR. Mag. **Fabisch**: Es wird sehr gerne angenommen.

3) Ausweitung 30er-Zone im Bereich „Grillweg – Am Jägergrund“

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Mario! In der Politik braucht man, wie wir alle wissen, manchmal ein bisschen einen längeren Atem und deshalb stehe ich, glaube ich, zum wiederholten Mal wegen dieses Themas auch hier im Gemeinderat und das Thema insgesamt beschäftigt mich, glaube ich, inzwischen schon, würde sagen, 12 Jahre. Gehen tut es um einen Bereich

in Webling und zwar um den Bereich rund um die Volksschule Jägergrund, da ist noch eine zweite Schule daneben, ein Schülerhort ist in dieser Gegend, ein Kindergarten, eine Kirche und Straßen, die das Ganze durchtrennen und deshalb auch meine Anträge in diesen Angelegenheiten, um hier den Schutz für jene, die diese Wege benutzen, zu erhöhen. 2002 habe ich als Bezirksvorsteher damals einen Antrag um eine 30er-Zone gestellt, wurde damals relativ rasch erfüllt. Leider haben wir damals einen Bereich übersehen und zwar geht es da um diese Kreuzung Harter Straße – Jägergrund Richtung Osten, es geht um 250 bis 300 Meter zirka, aber in dem Bereich ist auch ein Schutzweg und es trennt zwei Siedlungsgebiete und seit 2006 versuche ich nun für diese 250 Meter zirka auch noch eine Ausweitung der 30er-Zone zu erreichen. Das letzte Mal im September 2013, da habe ich dir eine Unterschriftenliste auch noch einmal übergeben von Betroffenen in diesem Gebiet und du hast mir damals zugesagt, dass die Verkehrssicherheitskommission sich das ansehen wird und dass es Ende 2013/Anfang 2014 sozusagen auch ein Ergebnis geben wird und deshalb stehe ich heute wieder da, nachdem dieser Zeitraum verstrichen ist und darf dir die

Frage

stellen: Welche Schritte hast du bisher unternommen, dass mein Antrag vom 15. März 2012 beziehungsweise meine Frage in der Fragestunde vom 19. September auf Ausweitung der 30er-Zone in diesem Bereich endlich umgesetzt wird und gibt es schon ein Ergebnis jetzt zu diesem Thema?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Jawohl, Gerald. Aufgrund des eingebrachten Anliegens in der Fragestunde vom 19. September 2013 hat der zuständige Sachbearbeiter des Straßenamtes A 10 die Problematik von Erweiterungen von Tempo-30-Bereichen auf Vorrangstraßen an die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit herangetragen, wie

vereinbart, und diese hat sich in der Besprechung vom 8.11.2013 klar gegen solche Erweiterungen ausgesprochen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit ist ebenfalls in dieser Arbeitsgruppe vertreten und vertritt die gleiche Meinung wie das Straßenamt, dass Tempo-30-Beschränkungen auf Vorrangstraßen nur im unmittelbaren Nahbereich von Gefahrenstellen umgesetzt werden sollten, was ja dort auch der Fall ist. Aus diesem Grund wurde dem Antrag von dir, die Tempo-30-Zone im Bereich Grillweg/Am Jägergrund vom Kreuzungsbereich Harter Straße Richtung Osten bis zur GKB-Bahn-Übersetzung auszudehnen, nicht entsprochen.

GR. Mag **Haßler**: Ich meine, jetzt habe ich es nicht ganz verstanden, ob Sie auch vor Ort waren, weil dort gibt es sehr wohl eine Gefahrenstelle, eine ganz klare Gefahrenstelle. Deshalb meine Frage, ob Sie vor Ort waren und zweitens, wenn es nur darum geht, keine 30er-Zonen auszuweiten, habe ich dir das letzte Mal schon gesagt, kann ich gerne eine 30er-Zone abtauschen, dann können wir die Meter sozusagen gegeneinander tauschen, weil am Schwarzen Weg ist eine Strecke von fast 500 Metern, da ist weit und breit kein Haus, da ist eine 30er-Zone, da macht es für jeden, der dort fährt, überhaupt keinen Sinn und dort, wo ein Schutzweg ist, wo Kinder darüber gehen, wo der Weg zur Schule ist, wo eine Kirche ist, wo alte Menschen gehen, wo eine Kurve ist, wo es unübersichtlich ist, dort gibt einen keinen. Also waren die vor Ort oder haben die das nur so vom Schreibtisch aus beschlossen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Selbstverständlich nimmt diese Gruppe alle diese Anträge sehr ernst und schaut sich diese Dinge vor Ort an. Der Schwarze Weg wird zu einem eigenen Thema, kann ich gerne einmal auch zur Diskussion stellen in dieser Gruppe.

Aber die Aussage der Gruppe ist eindeutig, daher ergibt sich auch dieser Zwang nicht, eine Veränderung zu tätigen. Die Behörde hat jede Verkehrsmaßnahme nach der Straßenverkehrsordnung zu begründen, das ist nämlich der Grundsatz, und sämtliche Wünsche von Politikern oder Bürgerinitiativen, die diese Maßnahme damals durchgesetzt haben, sind vom Verfassungsgerichtshof gekippt worden und das, glaube ich, sollten wir uns ersparen, wir haben dieses Beispiel gehabt mit Tempo 30 in der Hans-Gross-Gasse, die dann gekippt wurde und ich werde keine Weisung dahingehend tätigen, wo dann der Verfassungsgerichtshof oder Verwaltungsgerichtshof das wieder umdreht (*Applaus FPÖ*).

4) Massive Geruchsbelästigung in Gemeindewohnung – Gespräch mit den betroffenen Mietern

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt an StR.ⁱⁿ Kahr folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke! Dem freiheitlichen Gemeinderatsklub liegt ein Fall vor, demzufolge Mietparteien einer Gemeindewohnung der Stadt Graz durch die Lebensweise einer weiteren Mietpartei der Stadt Graz mit massiven Geruchsbelästigungen konfrontiert werden. Im konkreten Fall stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

In der Wohnung unter dem Beschwerdeführer ist im Dezember 2013 eine mehrköpfige Familie eingezogen, die offensichtlich mit den mitteleuropäischen Standards der Wohnkultur nicht vertraut zu sein scheint. So unterbleibt den Aussagen weiterer Mietparteien zufolge das regelmäßige Lüften gänzlich. Als Folge daraus kommt es zu einer intensiven Geruchsbelästigung, die, resultierend aus der Bauweise des Bestandsobjektes, über Steckdosen und weitere elektrische Leitungen in die

Wohnung der Beschwerdeführer diffundiert. Ein Sachverständiger des Gesundheitsamtes des Landes Steiermark war bereits vor Ort, hat im Zuge seines Besuches die Geruchsbelästigung bestätigt, konnte aber unter Hinweis auf eine fehlende Gesundheitsgefährdung nicht weiter tätig werden. Mittlerweile sehen sich die Beschwerdeführer auch mit weiteren Auswirkungen dieses Missstandes konfrontiert, da diese olfaktorischen Emissionen auch auf die Kleidung und weitere Gegenstände des täglichen Lebens übergreifen haben. Als Folge daraus wurden die Beschwerdeführer, die selbst regelmäßig lüften und auf ihr persönliches Erscheinungsbild großen Wert legen, bereits von Freunden und Bekannten so wie auch dem näheren Umfeld am Arbeitsplatz auf den störenden Geruch ihrer Kleidung hingewiesen - ein Umstand, der beschämend und sehr unangenehm ist. Ein Anruf in Ihrem Büro stieß nicht gerade auf Verständnis beziehungsweise auf die Bereitschaft zu helfen. Der betroffene Mitarbeiter Ihres Büros darf wie folgt zitiert werden: „Was glauben Sie denn? Das Haus ist eben so gebaut – soll die Hausverwaltung etwa eine weitere Wand einziehen?“ Ungeachtet der Möglichkeiten, die Ihnen im Rahmen Ihrer politischen Zuständigkeit zur Lösung dieses Problems zur Verfügung stehen, muss festgehalten werden, dass eine derartige Antwort bestimmt nicht dem Servicegedanken der Stadt Graz entspricht. Oft geht es jedoch nur um die Bereitschaft, die betroffenen Personen zu hören und um den Willen, etwas zu verändern, um ein gedeihliches Miteinander im sozialen Wohnbau zu gewährleisten.

Daher richte ich nun an dich, liebe Elke, folgende

Frage:

Bist du bereit, die beschwerdeführenden Mietparteien zum Zwecke eines klärenden Gesprächs in deinem Stadtratsbüro zu empfangen (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Claudia! Um es gleich vorwegzunehmen, selbstverständlich kann jede Familie und jede Person zu mir kommen, ich empfangen niemanden, ich habe ja auch kein riesiges Empfangsbüro. Man braucht oft bei mir nicht einmal einen gesonderten Termin, sondern die Leute, jene, die das wissen im Haus, kommen sowieso in unser Büro, weil wir, und darauf bin ich auch stolz, ein offenes Stadtratsbüro haben, egal mit welchem Anliegen. Naturgemäß kommen natürlich dann auch zu uns viele Menschen, die oft nicht sehr einfach sind und die oft in anderen Büros abgewiesen werden, weil man sich oft ihre Sorgen, genau das, was du richtigerweise ansprichst, oft gar nicht anhören möchte. Ganz zum konkreten Fall, und da möchte ich jetzt schon einmal eines sagen, weil seit 15 Jahren auch unter anderem der genannte Mitarbeiter in meinem Büro nicht nur ganz professionell, sachkundig, mit großem Wissen und großem Einfühlungsvermögen mit Menschen agiert. Auf dieses Gespräch kann ich mich sogar selbst noch erinnern, weil er danach zu mir gekommen ist und gesagt hat, jetzt habe ich versucht, 20 Minuten sachlich alles zu erklären und auch die rechtlichen Möglichkeiten, die man überhaupt hat, hier zu argumentieren und das ist natürlich auch verständlich, dass das oft dann nicht gerne so gesehen wird von den Betroffenen, aber es gibt keine andere Möglichkeit. Aber wenn es nur darum geht, noch einmal das zu erklären, ohne diesen vielleicht polemischen Nebensatz, gerne, das ist überhaupt kein Problem. Aber eines mache ich auch nicht, und das schätzen durchaus die Menschen, man darf sie nicht in falsche Hoffnungen wiegen und sagen, man kann das lösen und das geht aber nicht und im Übrigen muss ich wirklich bitten darum, ich meine, du kannst das gerne auch weiter machen, wegen einer Terminanfrage, das in der Fragestunde zu stellen, das finde ich irgendwie seltsam, weil ein Anruf genügt und die Familie oder die Person kann gerne bei mir jederzeit anrufen (*Applaus KPÖ*).

5) Verdacht auf Giftköder

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Gäste auf der Galerie! Wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, geht es in meiner Frage um den Verdacht auf Giftköder, ein Thema, das ja auch sehr stark in den Medien war in den letzten Wochen. Es sind eben Giftköder auf verschiedenen Orten sichergestellt worden. Der Österreichische Tierschutzverein hat mittlerweile auch eine Prämie ausgesetzt für Finderinnen und Finder und der WWF hat auch gezielt vor Giftanschlägen speziell im Raum Wien allerdings gewarnt. HundebesitzerInnen in Graz berichten über eine massive Häufung von potentiellen Giftködern in den letzten Wochen und auch von Hunden, die zwar nicht in letzter Zeit, aber im vorigen Jahr, an den Folgen der Köder erkrankt oder auch gestorben sind. Ich muss ehrlich sagen, es ist unverantwortlich, wenn sich das städtische Veterinäramt auf fehlende budgetäre Mittel beruft. Diese verdächtigen Köder müssen untersucht werden, das ist einfach dringend notwendig, dass hier Klarheit herrscht, ob von diesen Ködern eine Gefährdung ausgeht und die geht ja nicht nur für Hunde aus, die stellt ja auch eine Gefahr für Kinder dar.

Daher stelle ich an Sie, als zuständigen Stadtrat, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, eine genaue Untersuchung der drei im Veterinäramt verwahrten, verdächtigen Köder zu veranlassen und somit zur Aufklärung beizutragen, ob durch die in den letzten Wochen im Stadtgebiet vermehrt aufgefundenen Köder eine Gefahr für Hunde, aber auch für Kinder besteht?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin! Laut Auskunft des zuständigen Amtes A 7 – Gesundheitsamt, Referat für Veterinärangelegenheiten, entspricht es den Tatsachen, dass im Veterinäramt drei vermeintliche Giftköder gelagert werden. Dies erfolgte im Auftrag des Stadtpolizeikommandos, also die Proben wurden dort abgegeben. Nachdem es sich beim Auslegen von Giftködern um den Tatbestand der Tierquälerei im Sinne des Strafgesetzbuches handelt, § 222, liegt die Zuständigkeit eindeutig bei den Gerichten und nicht in der Verwaltung. Im Sinne der Amtshilfe hat das Veterinäramt die Lagerung für die Polizei übernommen, weil diese keine entsprechende Infrastruktur besitzt. Nach Recherche des Veterinäramtes gibt es keine Labors in Österreich, die sämtliche 2000 Stoffe, weil die benötigt man, um wirklich eine Auswertung zu erbringen, untersucht beziehungsweise nachweisen könnte, die als landläufige Gifte angesehen werden. Amtstierarzt Dr. Klaus Hejny führt derzeit Gespräche mit dem Institut für Gerichtsmedizin der medizinischen Universität Graz, um gegebenenfalls Proben untersuchen lassen zu können. Um aber umgehend reagieren zu können und die Staatsanwaltschaft unterstützen zu können, wenn vermehrt vermeintliche Giftköder aufgefunden und abgegeben werden, wurden bereits am 24.2. Gespräche mit dem Stadtpolizeikommando und dem Veterinäramt geführt in meinem Büro, das war am vergangenen Montag, damit wir eben diese Zusammenarbeit verbessern und die Abläufe koordinieren können, das haben wir sofort getan. Notwendig ist es aber natürlich, dass einerseits die Polizei eine Anzeige aufnimmt, das ist die Grundvoraussetzung und die Staatsanwaltschaft dann das übernimmt, das führt nämlich dann auch zur Bezahlung in weiterer Folge, aber wie gesagt, das Veterinäramt hat jetzt einmal vorweg Kontakt aufgenommen mit der Gerichtsmedizin (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Die Menschen sind wirklich in Sorge, sie haben nach wie vor keine Klarheit über die Giftköder, die verwahrt sind und ich habe auch mit Tierärzten geredet, die mir gesagt haben, dass solche Untersuchungen zirka 1000 Euro kosten pro Untersuchung und ich frage mich jetzt, ich meine, Sie sind für Tiergesundheit zuständig, ich frage mich jetzt, warum Sie nicht das Veterinäramt anweisen, diese Untersuchungen durchführen zu lassen, damit endlich einmal Klarheit herrscht, ob in diesen Ködern Gift drinnen ist oder nicht (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Sie dürften nicht genau zugehört haben, zum einen gibt es diese Möglichkeiten der Überprüfung in der Form nicht und zum Zweiten hat der Dr. Hejny mit der Gerichtsmedizin Kontakt aufgenommen, um diese Möglichkeit bereitzustellen. Das Ganze ist im Laufen, ich weiß jetzt nicht, was vorher unklar war. Darüber hinaus wird vom Veterinäramt ein Brief an alle Veterinärärzte ausgesandt, wo ersucht wird, dass es Rückmeldungen gibt für das Veterinäramt, damit man feststellen kann, ob es vermehrt zum Aussetzen von Giftködern gekommen ist beziehungsweise ob es eben vermehrt Anlassfälle von Vergiftung gegeben hat, das ist das, was wir tun und wir sind, wir haben sofort reagiert, wie ich es schon erwähnt habe, am Montag saßen wir bereits mit der Polizei und dem Veterinäramt zusammen, das, was von unserer Seite getan werden konnte, haben wir getan (*Applaus FPÖ*).

6) Ladezonen

GR. **Haberler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**: Geschätzter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer auf der Tribüne, geschätzter Herr Stadtrat! Die Parkplatzsituation in der Grazer Innenstadt ist katastrophal. Wir erleben in Graz nach wie vor, dass Innenstadtbesucher sowie Anrainer mit den Autos verzweifelt auf der Suche nach erlaubten Parkmöglichkeiten sehr lange im Kreis fahren. Im Auge der Suchenden sind leere Bereiche für Ladetätigkeiten eine Provokation, sodass es immer mehr Beschwerden durch Anrainer und Fahrzeuglenker gibt.

Im Oktober des vergangenen Jahres habe ich den Antrag gestellt, ein Maßnahmenkonzept zur spürbaren Erhöhung der verfügbaren Parkplatzanzahl – insbesondere in den Innenstadtbezirken - zu entwickeln.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Verkehrsstadtrat, die

Frage:

Wie weit sind Sie mit der Evaluierung der Ladezonen vorangekommen und wie sieht ein diesbezügliches Umsetzungskonzept aus?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Stefan! Die Evaluierung der Ladezonen passiert natürlich laufend, das ist gar kein Thema, das wird von Seiten des Grazer Parkraumservices gemacht so wie auch von Mitarbeitern des Straßenamtes. Sollte ersichtlich werden, dass Ladezonen nicht der Notwendigkeit entsprechen oder dementsprechende geringe Auslastungen aufweisen, werden die Zeiten entweder gekürzt oder die Ladezone zur Gänze entfernt. Ganz aktuell am heutigen Tag werden im Bezirk Leonhard im Umfeld der Technischen Universität drei Ladezonen aufgelassen beziehungsweise verkürzt. Bemerkt darf auch werden, dass Ladezonen ausschließlich auf Antrag von Geschäftstreibenden beziehungsweise der Wirtschaftskammer eingerichtet werden und es etwas widersprüchlich jetzt zu deiner

Frage erscheint, wenn vor kurzem die Wirtschaftskammer an das Straßenamt herangetreten ist, die Ladezonen besonders zu kontrollieren, da sie teilweise verparkt sind, daher nicht benützt werden können. Nur wenn in einer Ladezone zeitweise niemand eine Ladetätigkeit durchführt, heißt es noch lange nicht (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass diese für die Wirtschaft nicht notwendig ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Geschätzter Herr Stadtrat, lieber Mario! Ich bin selbst ein Wirtschaftstreibender, ich habe keine Freude mit Abstrafen, ich bin von dem ein Gegner, nur wir haben natürlich, jetzt in der Früh werden hauptsächlich Ladetätigkeiten durchgeführt, das heißt, auch vor 9.00 Uhr und von 7.00 bis 9.00 Uhr ist ein sehr großer Teil der Ladezonen also als Ladezone ausgewiesen und gibt es die Möglichkeit eben, oder sind Sie bereit, dass man da schaut im Zuge der Gewerbetreibenden, die für diese Ladetätigkeiten auch für diesen Zeitraum bezahlen, die Wirtschaftskammer, dass man da das Parkraumservice anweist, dass man stichprobenartig vielleicht einmal die Woche oder so einmal kontrollieren tut, damit die auch wirklich frei sind für den Zweck, für den sie auch da sind. Sind Sie bereit dazu?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das Dazu-bereit-zu-sein, das passiert automatisch, das Parkraumservice und das Straßenamt tut das automatisch und täglich. Das ist eine Forderung, die sowieso getätigt wird.

7) Busparkplatz Marburger Kai

GR. **Eber** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vor nahezu exakt einem Jahr wurde das Siegerprojekt für den neu zu gestaltenden Andreas-Hofer-Platz präsentiert. Damit verbunden wurde seinerzeit auch die Verlegung des Busbahnhofs vom Andreas-Hofer-Platz zum Marburger Kai. Allerdings gibt es da sowohl von den dortigen AnwohnerInnen als auch von uns und von anderer Seite bestimmte Probleme, die wir damit verbunden sehen, weil es dort beispielsweise keine Infrastruktur gibt, also WC-Anlagen, Warteräumlichkeiten etc. sind dort nicht vorhanden.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, Sie sind ja heute wieder einmal sehr gefragt, folgende

Frage:

Wie ist der aktuelle Stand der Planungen für den zu verlegenden Busbahnhof am Andreas-Hofer-Platz (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat! Es gibt in dem Zusammenhang jetzt gar keine neuen Erkenntnisse oder Planungen, weil ja die Umsetzung des Umbaus am Andreas-Hofer-Platz sozusagen auf Eis liegt und daher auch keine Umsetzungen für andere Maßnahmen notwendig sind. Wenn dies der Fall sein sollte, also wenn wir hören, dass es jetzt eine Entscheidungsphase gibt für die Umgestaltung des Andreas-Hofer-Platzes, würden die Pläne, die es bis jetzt gibt, ohnehin in den Gemeinderat

oder in die Ausschüsse getragen werden, damit man hier auch darüber diskutiert, welche Umsetzung die vernünftigste ist. Aber es gibt keinen neuen Stand, weil, wie gesagt, das Projekt auf Eis liegt (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Kleine Anmerkung. Ich glaube, die Wartehalle und das WC gibt es schon lange nicht mehr am Andreas-Hofer-Platz.

GR. **Eber**: Ist richtig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Weil Sie gesagt haben, die Verlegung, das ist schon lange Geschichte, aber wie gesagt, durch die Alpine-Abwicklung liegt das Projekt eigentlich im Moment auf Eis.

GR. **Eber**: Aber Zusatzfrage sozusagen. Das heißt, von Ihrer Seite her ist auf alle Fälle geplant, dass das dann in den zuständigen Ausschuss und in den Gemeinderat kommt.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja.

8) Erhaltungsarbeiten und Ausbauten von Pflichtschulen; Prüfung günstigerer Varianten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrte Gäste, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Dass der Ausbau der Pflichtschulen in Graz dringendst notwendig ist, steht außer Frage und ist ja auch so im Standortentwicklungskonzept festgeschrieben. Die Kosten für die allerersten Ausbauten und für die notwendigsten Dinge haben Sie jetzt auf 68 Millionen geschätzt. Diese kolportierten Kosten sind allerdings ohne Angabe von Details dargestellt. Wir möchten in Zeiten, wo in allen Abteilungen und Ressorts Geld fehlt, darauf aufmerksam machen, dass hier noch unbedingt auf Sparpotential und Synergieeffekte geachtet werden muss.

Deshalb unsere

F r a g e

im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sind Sie bereit, dem Gemeinderat der Stadt Graz im Laufe der nächsten Sitzungen einen detaillierten Katalog, der zu den betroffenen Objekten etwaige kostengünstigere Alternativen darstellt, vorzulegen (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ja, ich will, ich werde es auch machen. Ich habe Sie auch einen Tag vor dem Ausschuss persönlich zum

Ausschuss eingeladen, weil die Übung im Ausschuss hat genau dieses Thema zum Ziel, dass wir uns das noch einmal anschauen und ich möchte eine Gegenfrage stellen. Haben Sie das Gemeinderatsstück gelesen? Nur ganz kurz, im Gemeinderatsstück wären nämlich beide Fragen bereits beantwortet gewesen. Einmal schreibst du im Motivenbericht, dass keine genaue Summe im Stück steht. Im Stück steht die genaue Summe, nämlich 65,4 Millionen Euro, also du schreibst, dass in der Zeitung 60 Millionen gestanden sind, das stimmt nicht. Jetzt hast du von 68 Millionen geredet, im Stück steht es bereits und du sprichst eine wesentliche Sache an, die ich nur voll unterstützen kann, nämlich, dass man das noch einmal prüft. Das ist eine Fortschreibung des letztjährigen Stückes, es gibt das Schulstandortentwicklungskonzept, da ist das modular angeführt, welches Projekt wieviel kostet, das haben wir im April letzten Jahres beschlossen und mein Wille ist, dass man jetzt noch einmal dieses Großprojekt auf die Rüttelstrecke schicken, alle Projekte noch einmal genau anschauen, ob was vielleicht auch günstiger geht und dass man dann einen Maßnahmenkatalog vorgelegt bekommen, ich habe dafür eine Projektgruppe bereits eingesetzt, dann werden wir ab April Projekt für Projekt in den Gemeinderat einbringen, Planungsaufträge einbringen und auch Projektaufträge. Also genau das, was du fragst, war Sinn des Stückes (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Danke für die Beantwortung, auch für die Einladung zum Ausschuss. Ich wollte es trotzdem in der Fragestunde bringen, die Fragestunde hat unter anderem den Sinn, Transparenz in gewisse Sachen zu bringen und dass auch die Öffentlichkeit erfährt, was mit ihrem Steuergeld passiert. Danke (*Applaus FPÖ*).

9) Informationsstand bezüglich Bedenken von MitarbeiterInnen hinsichtlich der Betreuungssituation in der von einem Missbrauchsvorwurf betroffenen Jugend-Wohngemeinschaft

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Herzliches Grüß Gott, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Vizebürgermeisterin, Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe KollegInnen, MitarbeiterInnen, liebe Gäste auf der Galerie! Liebe Bürgermeisterstellvertreterin, wir haben nach den dramatischen Missbrauchsvorfällen vor einem Jahr erst vor kurzem wieder mit Missbrauchsfällen zu tun gehabt. Damals hast du gesagt, du würdest rasch handeln, auf meine Anfrage damals auch, der Betreuungsschlüssel war aufgestellt worden etc., es waren Maßnahmen ergriffen worden. Schon damals hat die Interessensgemeinschaft der sozialpädagogischen Wohngemeinschaften sich zu dem Missbrauchsfall zu Wort gemeldet und auf die schwierige Betreuungssituation im Arbeitsfeld sozialpädagogischer Wohngemeinschaften aufmerksam gemacht. Sie haben damals begründet mit spezifischen Problematiken, die die Kinder eben mitbringen, dass daraus es zum Problem wird, dass verschlechterte personelle und finanzielle Rahmenbedingungen vorhanden sind. Das Zitat ist, aus den finanziellen Gegebenheiten, und damit ist auch natürlich die Gegebenheit der Kürzungen durch die Reformpartner angeredete resultierende Auslastungsdruck schränkt die Entscheidungskompetenz der pädagogischen Teams hinsichtlich der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen enorm ein. Zugunsten einer Vollauslastung werden Gruppenzusammensetzung und -dynamik zunehmend außer Acht gelassen. Auch in dem aktuellen Missbrauchsfall war das sehr wohl das Problem, dass auch, und wir wissen, dass von MitarbeiterInnen sehr klar gesagt wurde, dieser Junge soll nicht aufgenommen werden, weil der nicht in die WG passt und trotzdem wurde damit reagiert, dass innerhalb der Sozialraumorientierung keine andere

Zuteilung möglich ist und dadurch dieser Platz einfach gefüllt werden muss. Jetzt gibt es eben diese Rückmeldungen, dass das deponiert worden ist, dass das an die Leitung des Sozialraumes herangetragen worden ist und diese Bedenken ja eben auch weitergegeben wurden und daher stelle ich jetzt auch die

Frage:

Können Sie, kannst du, ausschließen, dass von Seiten der sozialpädagogischen MitarbeiterInnen weder an die LeiterInnen des Sozialraumes beziehungsweise des Bereichs Sozialpädagogik noch an die Amtsleitung Bedenken bezüglich der Aufnahmesituation, problematischer Gruppenzusammensetzungen oder hinsichtlich des sozialpädagogischen Konzepts herangetragen wurden? Weil das ist die Aussage, die wir medial immer wieder gehört haben und hören aber von den MitarbeiterInnen was anderes, deshalb wäre da hier für eine Antwort sehr dankbar.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Liebe Frau Gemeinderätin, und nachdem wir außerhalb der Fragestunde immer per du sind, halte ich dieses Du bei, liebe Astrid. Gleich zur direkten Beantwortung deiner Frage. Selbstverständlich kann ich das nicht ausschließen, genauso wenig, wie ich es bestätigen kann. Weil nämlich deine vertraulichen Rückmeldungen von Mitarbeitern, ich kenne diese nicht, und solange wir uns auf einer Ebene befinden von irgendjemand hat mir zugetragen, hört man, irgendwer hat das gesagt, reden wir von Gerüchten, und Gerüchte sind Gerüchte und mit Gerüchten kann ich auch nicht gut umgehen. Deine Kollegin, die Gemeinderätin Daniela Grabe, hat im Informationsausschuss auch eine Gerüchtegeschichte erzählt, wir haben sie dann gebeten, das wirklich zu konkretisieren, weil wie soll ich das überprüfen? Wenn man sagt, die Medien schreiben und Mitarbeiter erzählen uns, ich muss die Fakten wissen, ich fange mit solchen Gerüchten schlichtweg nichts an und

das ist eigentlich einem Gemeinderat nicht würdig, mit Gerüchten...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ja, danke Daniela, du hast mir das übermittelt, du hast den Zeitraum eingeschränkt und du hast mir das geschrieben und so kann ich das überprüfen und auch danke für die Übermittlung und, liebe Astrid, ich bitte dich, auch deine Gerüchte zu konkretisieren. Grundsätzlich ist es so, dass die sozialpädagogischen Einrichtungen seit der Zuordnung zu einzelnen Sozialräumen an den Sitzungen der Sozialraumteams teilnehmen und somit auch bei den Entscheidungen der Sozialraumteams eingebunden sind. Beschlüsse über eine Aufnahme von einzelnen Jugendlichen gegen den Willen von Einrichtungsleitungen sind uns nicht bekannt. Im Gegenteil, es gibt Fälle, bei denen die Aufnahme eines Jugendlichen in eine sozialpädagogische Einrichtung im Sozialraumteam in Erwägung gezogen wurde, wo aber dann die Aufnahme nicht stattgefunden hat, weil diese von den zuständigen EinrichtungsleiterInnen beeinsprucht wurde. Was den Auslastungsdruck betrifft, möchte ich auch eines sagen. Dass die betroffene Einrichtung, also die von den letzten Vorkommnissen betroffene Einrichtung, immer weitaus einen höheren Personalschlüssel hatte als das erforderlich war. Es gibt einen Personalschlüssel von 6,15 und wir haben immer einen Personalschlüssel von 7,15 erfüllt und wir haben im Oktober aufgrund der schweren gruppenspezifischen Prozesse in dieser Einrichtung auch von einer Vollauslastung abgesehen, das heißt, es waren nicht neun Plätze besetzt, sondern acht Plätze besetzt, aber wir haben den erhöhten Personalschlüssel beibehalten. Und aufgrund dieser Auslastung wäre sowieso nur mehr ein Personalschlüssel von 5,24 notwendig gewesen. Das heißt, wir

waren weit drüber. Zusammenfassend...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Was heißt das?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir können dann gerne nachher reden, jetzt rede ich mit der Frau Gemeinderätin.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Das ist der Personalschlüssel, 5,24 Dienstposten. Bitte konkretisiere deine Gerüchte, deine Dinge, die du von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen hörst, sage auch konkret den Namen dazu. Mit anonymen Vorwürfen, Gerüchten kann ich schlichtweg nichts anfangen und das ist auch nicht fair, mit solchen Gerüchten zu argumentieren (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Leider ist es ja so, dass das Klima nicht derart vorhanden ist, dass die MitarbeiterInnen sich direkt auch wenden können, aber das ist eine andere Geschichte. Zum Auslastungsdruck nur jetzt noch dazu, das ist keine Aussage von mir, sondern der Interessensgemeinschaft der sozialpädagogischen Wohnungsgemeinschaften, die ich ja auch zitiert habe, die sich diesen Schlüssel sehr genau angeschaut hat, wo man sich dann schon die Frage stellen kann, warum dann in einer WG eine Hilfskraft, eine nichtpädagogische Hilfskraft, alleine Nachtdienst

machen muss usw. Aber wurscht, es ist jetzt die Fragestunde, deswegen nur die Zusatzfrage. Wir werden dann hoffentlich noch Zeit haben, während der Debatte zu den dringlichen Anträgen eindringlicher darauf einzugehen. Aber die Zusatzfrage, wie, also wenn du von Gerüchten sprichst, wenn die MitarbeiterInnen sagen, sie kommen nicht durch, wie wird im Jugendamt sichergestellt, dass MitarbeiterInnen Bedenken äußern können, Kritik äußern können? Was konkret tust du dafür? Ich weiß, dass es dort eine Amtsleitung gibt etc., aber wenn du als zuständige Stadträtin das Problem hast, dass es dort scheinbar eine Hürde gibt, was tust du, damit das konkret in einer Fehlerkultur verbessert wird, um eine Verbesserung für die MitarbeiterInnen, aber vor allem für die Kinder herbeizuführen (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Liebe Astrid, du hast jetzt schon wieder ein Gerücht in den Raum geworfen, nämlich das, was von der Daniela Grabe gekommen ist, wo ich gesagt habe, das überprüfen wir jetzt. Ich bitte wirklich darum, im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Amtes und vor allem im Sinne der Jugendlichen und Kinder, die wir betreuen, da ein bisschen behutsamer vorzugehen. Wie gehe ich damit um? Ich habe allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der betroffenen Wohngemeinschaft angeboten, für persönliche Gespräche jederzeit zur Verfügung zu stehen, ich war gestern auch in der entsprechenden Wohneinrichtung und habe mit den Mitarbeitern gesprochen, ich war eingeladen bei der Dienststellenversammlung, wo ich am Freitag auch teilgenommen habe, wo ich mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine vertrauliche Behandlung des Besprochenen auch ausgemacht habe, aber grundsätzlich gehe ich einmal davon aus, dass alle Menschen, die bei uns arbeiten, erwachsen sind und die Dienstwege kennen und damit auch wissen, wie Rückmeldungen und wie Beschwerdemanagement funktioniert. Davon gehe ich einmal grundsätzlich aus, dass jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin das versteht und diesen Dienstweg auch

einhält und wie gesagt, meine Handynummer ist sogar im Internet veröffentlicht und jeder kann mich jederzeit anrufen. Ich hebe zwar nicht immer ab, weil ich auch irgendwann einmal schlafen gehe, aber grundsätzlich bin ich erreichbar (*Applaus SPÖ*).

10) Parkplätze für einspurige Kraftfahrzeuge

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, geschätzte Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuhörer, sehr geehrter Herr Verkehrsstadtrat Eustacchio, lieber Mario! Ich habe diese Frage bereits im Juli 2013 gestellt bezüglich Parkplätze für einspurige Fahrzeuge. Du hast mir damals geantwortet, dass es bis zum Herbst 2013 eine Evaluierung geben wird, auch einen Arbeitsauftrag an die AG Parkraum schon gegeben hat bezüglich der Örtlichkeiten, auch der rechtlichen Abwicklung, beziehungsweise sollte dann bis Frühjahr 2014 ein fertiges Konzept stehen, damit wir quasi unsere einspurigen Fahrzeuge auch parken können. Dazu sollten auch die Bezirksvorsteher quasi eingeladen werden, um auch die Örtlichkeiten festzumachen und ihr habt auch in der Druckschrift „Der Uhrturm“ euch ja diesem Thema in der Dezember-Ausgabe gewidmet.

Jetzt darf ich die folgende

F r a g e

stellen: Wie sieht das Ergebnis der Evaluierung aus und wann dürfen wir mit einer Konzeptpräsentation beziehungsweise auch der Umsetzung rechnen (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wie vereinbart, hat das Straßenamt diese Parkplatzerhebung gemacht für einspurige Kraftfahrzeuge in Kurzparkzonen, unterstützt vom Grazer Parkraumservice. Die entsprechenden Daten sind dann eben dem Straßenamt übermittelt worden. Bereits Mitte Dezember des Vorjahres wurde die Bezirksvorsteherin, es geht nämlich jetzt einmal um die Innere Stadt, davon in Kenntnis gesetzt und es findet am 12. März von 9.00 bis 12.00 Uhr eine Begehung mit der Frau Bezirksvorsteherin Haase statt und anschließend wird das Straßenamt die dort festgelegten Parkplätze verordnen und die dafür notwendigen Verkehrszeichen von der Holding aufgestellt (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Hofer**: Ich kann heuer oder wir Zwei können heuer dann im Sommer bereits unsere Einspurigen parken?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: So ist es.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

11) Benennung des Generationenparks in der Rankengasse nach Anna Cadia

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage betrifft die Benennung des Generationenparks in der Rankengasse nach Anna Cadia. Anlässlich des 75. Jahrestages der Februarkämpfe

habe ich bereits 2009 einen Antrag diesbezüglich gestellt, dass eine Straße oder ein Platz nach ihr benannt werden soll und mittlerweile würde sich als Anlass 80 Jahre Februar 1934 durchaus sehr gut eignen. Ich habe dann zu einem späteren Zeitpunkt, da habe ich auch Zustimmung dazu auch erhalten, dieses Anliegen noch einmal wiederholt und deshalb ist der Wunsch vielleicht nur ganz kurz skizziert. Anna Cadia ist geboren, entstammt einer Grazer Arbeiterfamilie, sie war politisch engagiert, sie hat sich sehr sozial auch engagiert, sie hat Hilfsdienste einerseits in einer Brikettfabrik, sie hat sich als Hausgehilfin aktiv eingeschaltet und sie ist auf Vorschlag des Frauenreferates der SPÖ, damals hat sie die neu gegründete Hebammenfürsorgerinnenschule besucht. Also sie hat einiges vorzuweisen, dass es wichtig wäre, da diesbezüglich also eine Maßnahme zu setzen und deshalb nehme ich den kurz begangenen 80. Jahrestag als Anlass und richte namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, das Gedenken an den Bürgerkrieg vor 80 Jahren zum Anlass zu nehmen und nunmehr die notwendigen Schritte einzuleiten, damit der Generationenpark in der Rankengasse nach Anna Cadia benannt wird (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Manchmal denke ich mir, in New York hat es der Bürgermeister einfacher. Ich werde ja jede Woche mit dem Thema Straßenbenennungen konfrontiert, die Amerikaner haben einfach die Fifth Avenue, wir haben uns auf Namen eingelassen und deswegen dürfte es auch so weitergehen. Die grundsätzlichen Richtlinien für Straßenbenennungen werden sinngemäß auch auf die Benennungen von Parkanlagen angewendet. Sie differenzieren nicht zwischen öffentlichen Straßen und Privatstraßen, sondern sprechen nur von Verkehrsflächen im

Allgemeinen. Nach den Richtlinien besteht im Falle einer Umbenennung im Sinne des Punktes 1b, Umbenennung im öffentlichen Interesse, ein Anhörungsrecht der betroffenen Liegenschaftseigentümer. Es werden in sinngemäßer Anwendung dieser Bestimmungen grundsätzlich aber auch im Falle einer Neubenennung einer privaten Verkehrsfläche oder Parkanlage die betroffenen Liegenschaftseigentümer um Stellungnahme zu der geplanten Benennung ersucht. Im konkreten Fall, ich gebe zu, das ist schon sehr lange jetzt, sind die Gespräche mit den privaten Liegenschaftseigentümern noch nicht abgeschlossen, erst nach Vorliegen der Stellungnahme wird die weitere Vorgangsweise festgelegt. Ich werde jetzt einmal schauen, wo die bleibt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Ein Dankeschön, dann wird die Befragung wohl hoffentlich jetzt etwas zügiger voranschreiten diesbezüglich. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.